

»In Deutschland wird bei Diskussionen über auffällige Erhöhungen kindlicher Krebserkrankungen behördlicherseits das Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation der Mainzer Universität herangezogen, wo seit 1980 das bundesdeutsche Kinderkrebsregister geführt und monopolistisch verwaltet wird. Im Februar 1992 wurde im Beisein des damaligen Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Töpfer, eine Arbeit des Instituts „Untersuchung der Häufigkeit von Krebserkrankungen im Kindesalter in der Nähe westdeutscher kerntechnischer Anlagen 1980-1990“ vorgestellt (Autoren: B. Keller, G. Haaf, P. Kaatsch, J. Michaelis). Minister Töpfer und Institutsdirektor Prof. Dr. J. Michaelis feierten die Ergebnisse der Untersuchung als Beleg dafür, daß bei westdeutschen Kernkraftwerken keinerlei erhöhte Krebserkrankungen bei Kindern auftraten. Allerdings hatte sich bei sehr kleinen Kindern (0-4 Jahre), die im Nahbereich (5 km) wohnten, eine 3fach signifikant erhöhte Leukämierate ergeben. Bei isolierter Betrachtung der älteren Anlagen (Betriebsbeginn vor 1970) lag bei solchen sogar eine 7fache Erhöhung im Vergleich zu den Kontrollregionen vor.

Damit zeigte sich genau das Gegenteil eines unverdächtigen Befundes, denn natürlich dürfen bei Einhaltung der Grenzwerte keine statistisch erkennbaren Leukämieerhöhungen erwartet werden. Gerade die kleinen Kinder gelten als besonders strahlenempfindlich und der Nahbereich der Anlagen wäre derjenige, in dem bei Lecks und Unfällen die höchste Radioaktivitätskonzentration erwartet werden müßte.

Die zahlreiche öffentliche Kritik, die die Interpretation der Daten durch die Autoren und die Strahlenschutzkommission, das Beratungsgremium des Bundesumweltministers, fand, führte dazu, daß die Untersuchung - wiederum mit Finanzierung durch das Bundesumweltministerium - fortgesetzt und erweitert wurde. Im November 1997 verkündeten das Mainzer Institut und Bundesumweltministerin Merkel, daß die bis zum Jahr 1995 ausgedehnte Untersuchung keine Bestätigung der genannten Auffälligkeiten liefere (U. Kaletsch, R. Meinert, A. Mießner, M. Hoisl, P. Kaatsch, J. Michaelis: „Epidemiologische Studien zum Auftreten von Leukämieerkrankungen bei Kindern in Deutschland“, Mainz, Juli 1997). Nur das Kernkraftwerk Krümmel bilde eine Ausnahme (die aber nichts mit Strahlung zu tun haben könne).

Wer sich nun wunderte, wie eine vormals so deutliche Leukämieerhöhung in der 5 km-Zone in einem Zeitraum von 11 Jahren (1980-1990) durch eine Erweiterung um 5 Jahre total verschwinden kann, der wird durch Einblick in die Untersuchungsergebnisse belehrt, daß dem gar nicht so ist. Für die Altersklasse 0-4 Jahre im Nahbereich ergibt sich nach wie vor eine hochsignifikante Leukämieerhöhung - um den Faktor 2,87. Wenn man nur die letzten Jahre betrachtet, ist die Erhöhung 2fach, sie ist nicht signifikant, weil die Fallzahlen für eine statistische Sicherheit hier nicht ausreichen. Deshalb ist eine solche Aussage wie die verkündete in Wirklichkeit gar nicht begründbar. Wenig nachvollziehbar ist auch die Argumentation für die alten Kernkraftwerke, wo eine 2fache Erhöhung erhalten blieb.

Bundesministerin Merkel zog aus der Untersuchung den Schluß, es sei wissenschaftlich untermauert, daß in der Nähe von Kernkraftwerken „kein erhöhtes Krebsrisiko auftritt“. Daher seien weitere Untersuchungen zum Thema Leukämie durch Kernkraftwerke in Deutschland nicht mehr notwendig. (...)

Krebsregister sind keine Garantie für bessere Ursachenforschung und Prävention. Betroffene Bürger sollten sich nicht auf „die Wissenschaft“ verlassen, die häufig zusammen mit den verantwortlichen Politikern nur als Handlangerin für wirtschaftliche Interessen fungiert.«

Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake in: Margareta Bloom: Die große Vertuschung - Vom Zusammenhang zwischen Leukämie und Kernkraft. Universität Bremen, Informationen zu Energie und Umwelt Teil A Nr. 29, ISSN 0720-3616, ISBN 3-88722-412-4, Bremen März 1998. ●

Körblein A, Hoffmann W. Childhood Cancer in the Vicinity of German Nuclear Power Plants. *Medicine & Global Survival*, August 1999, Vol.6: 18-23
Körblein A. Krebsrate bei Kindern im Umkreis bayerischer Kernkraftwerke. *Umweltnach-*

richten 91/2001: 26-28

Zur Arbeit des IMSD vergleiche zum Beispiel auch:

Diagnostisches Röntgen: Das Sittenser Leukämie-Cluster - Ursachenaufklärung ohne Konsequenzen; *Strahlentelex* 370-371 vom 6.7.2002, S. 6. ●

Atomwirtschaft

Euratom-Gelder für die Fertigstellung von russischen Atomkraftwerken

Umstrittene Projekte der Atomindustrie, die durch Euratom-Gelder mitfinanziert werden sollen, sind nicht nur die oft angeprangerte Fertigstellung von Cernavoda II in Rumänien, die mögliche Auszahlung des Kredites für K2R4 (Khmelnitsky 2 und Rovno 4) in der Ukraine, zu der die EU-Kommission schon teilweise ihre Zustimmung gegeben hat, und die weitere Auszahlung der Kredite für Kosloduj 5 und 6 in Bulgarien.

Kalinin 3 und 4, Balokovo 5 und 6, Kursk 5 (ein Atomkraftwerk des Tschernobyl-Typs) und Rostov 2 - sind Atomkraftwerke im Bau (Rostov 2 schon seit 1980), die Rußland mit einer Finanzspritze aus dem Euratom-Topf endlich fertigstellen möchte.

„Die Gefahr, daß dafür Euratom-Gelder ausgeschüttet werden, ist sehr real,“ sagt Mathilde Halla, Obfrau der Oberösterreichischen Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr in Linz. Die EU-Kommission habe immer betont, daß Euratom-Gelder nur ausgeschüttet werden, um die Sicherheitsvorkehrungen in allen Ost-Atomkraftwerken an westliche Standards anzugleichen. Interne Papiere zeigten jedoch die Doppelbödigkeit bei der Vergabe der Euratom-Kredite: Daß gerade die russischen Reaktoren, deren Design von allen westlichen Staaten als unverantwortlich gefährlich eingestuft worden ist, mit Euratom-Geldern

weitergebaut werden sollen, grenze an einen Skandal. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der EU-Kommission. Man frage sich ernsthaft, ob der Einfluß der Atomindustrie tatsächlich bis in das Innerste der Europäischen Union, bis in die EU-Kommission, einwirken und ihre rein wirtschaftlichen Interessen ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen kann. Österreich müsse seinen klaren Standpunkt weiterverfolgen und alles daran setzen, daß die Euratom-Kredite ausschließlich für die Anpassung der Ost-Atomkraftwerke an westliche Sicherheitsstandards oder für das Schließen der Atomkraftwerke verwendet werden. „Eine weitere Gefährdung durch den Weiterbau von völlig veralteten Atomkraftwerken in Rußland können wir nicht hinnehmen,“ sagt Mathilde Halla. ●

Atom Müll-Lager

Genehmigungen im Internet

„Im Sinne einer hohen Transparenz seiner Entscheidungen“ will das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit der Bekanntgabe seiner Genehmigungen von Standort-Zwischenlagern und Interimslagern die Bescheide ab sofort auch auf seiner Internetseite www.bfs.de veröffentlichen. Das teilte das Amt am 24. Januar 2003 mit. ●